

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Griech. Dauder).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 45 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.,
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4724.

Nr. 5.

Berlin, Sonnabend, 18. Januar 1908.

Dreizigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen, Auskunftsbureaus. — Die Wahlrechtsfrage in Preußen. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte. — Gewerkevereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen, Auskunftsbureaus.

II.

Wie lebhaft das Bedürfnis nach solchen Auskunftsstellen ist, das beweist am besten die große Menge dieser Einrichtungen. Genaue zahlenmäßige Nachweise über die bestehenden Sekretariate enthalten die Nummern 9 und 10 des Jahrganges 1907 des „Reichs-Arbeitsblatt“. Wer genauere Einzelheiten haben will, möge die betreffenden Nummern nachschlagen. Die Zahl der am Ende des Jahres 1906 bestehenden sozialdemokratischen bezw. freigewerkschaftlichen, der katholischen und evangelischen Arbeitersekretariate und Volksbureaus, wozu dann noch staatliche oder von Kommunen errichtete Arbeitersekretariate, ferner Rechtsauskunftsstellen für Frauen und gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen kommen, die meist von Wohltätigkeitsvereinen ins Leben gerufen wurden, beträgt insgesamt 314. Dazu kommen noch 5 Arbeitersekretariate, 20 Rechtsauskunftsstellen und 13 Auskunftsbureaus, die von Gewerkevereinsseite errichtet sind.

Bei einem näheren Studium jener Tabellen ergibt sich als wichtigste Tatsache, daß die Sekretariate staatlichen, gemeinnützigen oder gemeinnützigen Charakters in ihrer Bedeutung zurücktreten hinter denen, die von Interessentenseite gegründet und unterhalten werden. Dies läßt die hohe agitatorische Bedeutung erkennen, die alle Organisationsstellen der Arbeitersekretariate besitzen. Ein Arbeiter, der irgendwo Hilfe in einer schwierigen Rechtsangelegenheit gefunden hat, wird der Vereinnung, die ihm mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat, sehr viel mehr Sympathie entgegenbringen, als der anderen, die ihm nicht half.

Diese agitatorische Seite der Arbeitersekretariate sollten auch wir mehr beachten und ihr Rechnung tragen, indem wir uns für diese Einrichtung noch mehr interessieren als bisher.

In den letzten Jahren wird allerdings die Einrichtung von Arbeitersekretariaten durch die Gemeinden von Staats wegen gefördert. Wenn wir nicht irren, war es schon im Jahre 1904, als der damalige preussische Handelsminister Müller 30 000 Mk. in den Etat einstellte, um Gemeinden, die auf ihre Kosten Arbeitersekretariate einrichten, staatliche Zuschüsse gewähren zu können, und erst seitdem sind solche Einrichtungen im größeren Umfange entstanden.

Ueber die sozialdemokratischen Sekretariate liegt nach verschiedenen Seiten hin interessantes Zahlenmaterial vor, das wir hier auszugsweise wiedergeben, da wir daraus auch für uns lernen können. Das gilt besonders für die finanzielle Seite der ganzen Einrichtung. Von den 85 sozialdemokratischen Sekretariaten befinden sich 55 in Städten, die mehr als 3000 sozialdemokratische Gewerkschafter haben. Es verbleiben mithin 30 für Dörfer, die weniger als 3000 Mitglieder haben. Ueber die Kosten, die durch die sozialdemokratischen Sekretariate entstehen, haben 68 Sekretariate berichtet. Sie veranschlagten insgesamt 248 319 Mk., von denen 56 950 Mk. durch Zuschüsse aufgebracht wurden. Sozialdemokratische Parteiorganisationen, Zeitungsredaktionen oder Genossenschaften trugen dazu 16 457 Mk., während 5330 Mk. aus Staats- oder Gemeindegeldern gegeben wurden. Wir heben das hervor, um unseren Kollegen klar zu machen, daß auch sie gar keine Veranlassung haben, bei Errichtung solcher Arbeitersekretariate ähnliche Zuschüsse abzulehnen, im Gegenteil, wir wollen schon

hier sagen: Es steht gar nichts im Wege, daß wir uns um solche Zuschüsse bemühen.

Die genannten 68 sozialdemokratischen Sekretariate verausgaben 282 525 Mk., davon 179 600 Mk. für Gehälter, 22 166 Mk. für Bureauumiete, 11 425 Mk. für Bücher usw. — Der Jahresbeitrag, der von den Mitgliedern der Gewerkschaften zum Sekretariat gezahlt wird, schwankt zwischen 1,20 Mk. pro Jahr in elf Sekretariaten und 28 Pfg. in einem Sekretariat (Somburg). Die Ausgaben der einzelnen Sekretariate sind recht verschieden. Augsburg verausgabte 1856 Mk., Elberfeld 1591, während die großen Sekretariate Frankfurt a. M. 14 430 Mk. und Hamburg-Altona 16 927 Mk. ausgaben. Zwischen diesen Grenzen schwankt die Ausgabe bei den übrigen und beträgt meist 2500—5000 Mk.

Welche Kosten entstehen nun durch die Errichtung von Arbeitersekretariaten? Ein allgemeines Schema läßt sich da nicht geben. Man wird die Sekretariate ausbauen nach den vorhandenen finanziellen Mitteln, andererseits wird aber auch an jedes wirkliche Arbeitersekretariat eine Reihe von Mindestansprüchen gestellt, die es erfüllen muß, wenn es seiner Aufgabe gerecht werden will. Segit, der Leiter des ersten Arbeitersekretariates in Nürnberg, hat vor einigen Jahren für einmalige Einrichtungskosten eines Arbeitersekretariats 4000 Mk. als notwendig und denselben Betrag als das Minimum der jährlichen Ausgaben bezeichnet. Man darf sagen, daß ein Sekretariat, das soviel Mittel hat, auf der Höhe der Zeit steht. Aber viele haben diese Mittel nicht, und nicht überall, wo wir an die Errichtung solcher Sekretariate gehen, werden wir soviel Geld zur Verfügung haben. Die Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften glaubt, es seien mindestens 3000 Mk. pro Jahr nötig. Diesen Satz wird man in der Regel auch annehmen müssen. Neue Sekretariate werden wohl meist auch diese Summe nicht haben, und man wird deshalb nicht die Errichtung abzulehnen brauchen. Vorübergehend dürfte der Betrag auch niedriger sein, etwa 2200—2500 Mk. Aber immer muß die Aussicht bestehen, diesen Betrag nach und nach auf 3000 Mk. bringen zu können. Wir veranschlagen die regelmäßigen Ausgaben pro Jahr wie folgt:

Gehalt	1800 Mk.
Bureaubedarf, Schreibmaterial	300
Miete, Reinigung, Heizung, Beleuchtung	100
Porto	240
Bücher und Zeitungen	200
Sonstiges	260
Summa	2900 Mk.

Bei niedrigeren Ansprüchen wird man an dem oder jenem Posten etwas sparen können. Man hüte sich aber, Sekretariate zu schaffen, die mit Ach und Krach das Gehalt für den Beamteten aufbringen, sonst aber nicht leben und nicht sterben können. Wenn man nicht in kurzer Zeit Aussicht hat, bessere Finanzen zu erhalten, dann warte man lieber mit der Errichtung und sammle vielleicht einen kleinen Fonds von 2—3000 Mk. an, um über die ersten schwierigen Jahre hinwegzukommen.

Man wird sich über die finanzielle Seite am besten ein Bild machen, wenn wir auf die Kassenabschlüsse unserer Sekretariate hinweisen. Es bestehen von unserer Seite Arbeitersekretariate in Düsseldorf, Duisburg, Magdeburg, Aachen und Nürnberg. Davon haben wir unser Wissen nur Duisburg und Nürnberg allein aus Mitgliederbeiträgen; die übrigen rechnen außerdem noch mit erheblichen Zuschüssen. Düsseldorf bezieht diese aus seinem Verbandshaus, das der Arbeitersekretär beaufsichtigt, während Magdeburg und Aachen einen Teil ihrer Einnahmen aus der Gewerkevereinspresse bestritten. Sehen wir uns einmal den Kassenabschluss von Duisburg an! Derselbe vereinnahmt vom 1. Juli 1906 bis 1. Juli 1907 folgende Posten:

An Beiträgen	2128,20 Mk.
An sonstigen Einnahmen (Auskunft an Nichtmitgliedern)	177,26
An Mitgliedsbeitrag des Ortsverbandes	120,00
Summa der Einnahmen	2425,46 Mk.
Verausgaben wurden an:	
Gehalt	1800,00 Mk.
Fahrtgeld	43,35
Diäten	154,00
Porto	52,13
Allgemeine Ausgaben	123,42
Mitgliedsbeitrag	120,00
Summa der Ausgaben	2292,90 Mk.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß Sekretariat und Maschinenbureau in einem Raume sind, wodurch erhebliche Ersparnisse an Miete usw. gemacht werden können.

In ähnlichem Rahmen halten sich die Budgets der Arbeitersekretariate in Düsseldorf und Magdeburg. Bei ersterem bilden die Erträge aus dem Verbandshaus, bei letzterem ein Ueberfluß vom „Mitteldeutschen Kurier“ rund ein Viertel der Einnahmen. Daraus geht hervor, daß keines der Sekretariate glänzend daheißt, und es nicht geringer Mühe bedarf, sie zu erhalten. Dabei gibt kein Sekretariat etwas für Neklame aus, und doch ist stetiger Hinweis auf das Sekretariat durch öffentliche Anschläge in Wirtschaften usw., durch Zeitungsinserte eine Lebensfrage für das Unternehmen. Wir sehen auch aus den Abschlüssen, daß irgendwie aus erhebliche eigene Einnahmen des Sekretariats nicht zu rechnen ist. Die Voten machen sich darüber meist ein falsches Bild. Schreiber dieses hat selbst in seiner fünfjährigen Tätigkeit als Arbeitersekretär das erfahren. Bei einer Zahl der Auskunftsstellen von 3500 bis 4200 meinte die aussichtsreiche Kommission stets, da müsse eine erhebliche Einnahme erzielt werden können. Ein Sekretariat, das einen ganz großen Zulauf hat, kann auf dem Gebiet etwas leisten. Kleine Sekretariate werden in der Regel von den mittellosesten Leuten in Anspruch genommen, denen man nichts abnehmen kann. Dann scheut man sich auch zu rigoros vorzugehen.

Nach allem Gesagten sind wir berechtigt, 2500 Mark als Minimum der Einnahmen zu bezeichnen, die ein Sekretariat haben muß. Es fragt sich nur, woher diese Summe jeweils fließen soll.

Die Wahlrechtsfrage in Preußen.

II.

Abg. Träger fuhr fort:

Nun, meine Herren, meine ich, was das direkte Wahlrecht anbelangt, so wird wohl auf keiner Seite des Hauses und wahrscheinlich auch nicht bei der königlichen Staatsregierung irgend ein entscheidender Wert darauf gelegt werden. Die Denkschrift, meine Herren, hat sich die Sache so vorgestellt: es kommen die Wähler zusammen, brave Leute, aber nicht von sehr weitem Gesichtspunkte, die sich namentlich nicht soviel Urteil zutrauen, um den richtigen Mann, den sie wählen wollen, heraus zu suchen. Sie sollen deshalb zunächst Leute wählen, zu denen sie Zutrauen haben, und die für sie den geeigneten Abgeordneten auszusuchen imstande sind. Ob, meine Herren, unter diesen Voraussetzungen jemals gemäßigt worden ist, das weiß ich nicht; ich glaube es aber nicht. Ich bin seit über 30 Jahren schon im Wahlgeschäft und habe überall gefunden, die Sache spielt sich so ab: Es wird zunächst der betreffende Abgeordnete aufgestellt, und wenn man den Abgeordneten hat, dann sucht man die Wahlmänner aus und verpflichtet sie darauf, diesen ausgesuchten Mann zu wählen, und da entsteht dann ein Zustand, meine Herren, den die Begründung der obendurchgeführten Wahlordnung sehr gut darin charakterisiert: die Wahlmänner werden in solchen Fällen zu bloßen Zetteltägern, und die indirekte Wahl wird zu einer bloßen Formalität, deren Eigenart den Ausfall der Wahl nicht mehr zu bestimmen vermag.

(Sehr gut links)

Ich meine also, es ist nur eine unnütze erweiterte Formalität, und — Sie werden mir darin Recht geben —

auch eine Formalität, die eigentlich für die große Zahl der Wähler etwas Beliebiges hat, weil man ihnen von vornherein sagt: Ihr seid nicht verständig genug, einen passenden Mann zu finden. Das, meine Herren, sind aber doch zunächst nur Formalitäten, namentlich das geheime Wahlrecht. Das geheime Wahlrecht ist nur eine äußerliche, hat mit dem System gar nichts zu tun. ... eine bloße Änderung der öffentlichen in die geheime Wahl würde eine vollkommen ungenügende Wahlreform sein.

(Sehr richtig! links)
Hier kommt nun der springende Punkt, meine Herren. Unter Befestigung der öffentlichen Stimmabgabe und der indirekten Wahl und unter Einführung der geheimen Stimmabgabe und der direkten Wahl verlangen wir das allgemeine und gleiche Wahlrecht.

(bravo! links)
und ich glaube, daß eine gerechtere Anforderung kaum gestellt werden kann. In der Sitzung, die ich schon mehrfach erwähnt habe, in welcher im Norddeutschen Reichstag Fürst Bismarck gegen einen großen Teil seiner Freunde das geheime Wahlrecht in Schutz nahm, fragte Herr Wagner — meine Herren, der Redakteur der „Kreuzzeitung“, also ein Mann, dessen Konserwatismus nicht angezweifelt werden kann —, ob denn ein Grenadier von Königgrätz, der zu häufig nicht so große Steuern bezahlen konnte, weniger zugebilligt als ein Spezialehändler, der zufällig reich geworden ist. Das, meine Herren, ist der springende Punkt; und mit dieser Frage hat Herr Wagner die Frage beantwortet, auf die es hier ankommt: entspricht es der Gerechtigkeit, daß in einem Verfassungsstaate das wichtigste Recht, das er seinen Bürgern verleiht, nach verschiedenem Maßstab verteilt wird, oder muß nicht vielmehr die Gleichheit vor dem Gesetz auch vor dem Wahlgeseß gelten?

(Sehr gut! links)
• Gleiches Recht für alle, also gleiches Wahlrecht!

(Sehr richtig! links.)
Nun, meine Herren, habe ich immer danach geforscht, stichhaltige Gründe zu hören, weshalb das Reichstagswahlrecht für Preußen unangemessen sei, und ich muß sagen, daß ich bisher noch keinen Grund gefunden habe, der mich überzeugen könnte. Es wird gesagt: ja, die Verhältnisse in beiden Staaten sind ganz andere; wir haben im Reiche die allgemeine Wehrpflicht, und der allgemeinen Wehrpflicht mag das allgemeine Stimmrecht entsprechen. Ja, nun frage ich Sie, meine Herren: hat denn der Preuze nicht auch die allgemeine Wehrpflicht?

(Sehr richtig! links)
Ist das vielleicht ein Unterschied, ob er als Deutscher oder als Preuze die allgemeine Wehrpflicht ausübt?
Dann habe ich weiter gehört: ja, das Reich basiert hauptsächlich auf indirekten Steuern. Den Unterschied verheißt man auch nicht. Denn, meine Herren, der Preuze zahlt ja die indirekten Steuern, die das Reich auflegt. Und wenn ja, B. das Reichstagswahlrecht, wovon uns Gott behüte, nach dem Maßstab des preußischen umgemodelt werden würde, dann müßte im Reich, meine Herren, die dritte Klasse die erste sein, denn bekanntlich zahlen die ärmeren Klassen die meisten in direkten Steuern und werden am schwersten von ihnen betroffen.

Also, meine Herren, irgend einen Grund, der stichhaltig wäre, habe ich bisher noch nicht gehört. Wohl aber verheißt es, wenn ein Mann sich sagt: im Reichstag, wo doch auch wichtige Angelegenheiten verhandelt werden, habe ich eine volle Stimme, im Landtag habe ich vielleicht ein Zehntelstimme. Wie kommt das? Bin ich denn als Preuze ein ganz anderer, ein minderwertiger, ein weniger verständiger, ein weniger patriotischer Mann als im Reiche? ... Die Herren Nationalliberalen haben bei den Verhandlungen im Jahre 1906 ein Wahlrecht vorgeschlagen als alle Hindernisse beseitigend, das sogenannte Pluralwahlrecht. Meine Herren, wir haben in Preußen auch ein Pluralrecht, aber gerade dieses Recht, wie es die Herren Nationalliberalen vorgeschlagen, ist ein Pluralrecht im eminenten Sinne. Danach soll bei erhöhter Steuerleistung ein erhöhtes Wahlrecht verleiht werden. Es soll aber ein erhöhtes Wahlrecht verleiht werden auch der, sagen wir, moralischen Elementen, der Bildung und dem Alter. ... Aber, meine Herren, das sind alles Palliativmittel, das sind alles Mittel, die den Kern der Sache nicht treffen, das sind Mittel, die auf einer großen Ungleichheit, wenn auch auf anderer Basis beruhen. So bald, meine Herren, in einem Staate ein Bürger mehr Wahlrecht hat als ein anderer, so lange ist die Gerechtigkeit nicht hergestellt, sie ist erst wieder hergestellt bei Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes.

(Sehr richtig!)
Als ein Hauptgrund gegen die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen wird verschiedentlich angeführt die Befürchtung des Eindringens der Sozialdemokratie, und man hat uns mit freundlicher Besorgnis immer darauf aufmerksam gemacht, daß wir in diesem Falle schließlich den Hauptteil der Sache bezahlen würden. Nun, meine Herren, das hat auf uns natürlich keinen Eindruck gemacht, es läßt uns heute auch noch kalt; denn die Frage, die wir erörtern, ist für uns nicht eine Möglichkeitfrage, sondern eine Frage des Rechts und der Gerechtigkeit.

(Sehr richtig! links)
eine kulturelle, eine soziale Frage.
• Sie, meine Herren, auf der rechten Seite sind allerdings die gewöhnlichen Gegner einer Wahlrechtsänderung; Sie haben immer dagegen Opposition gemacht und sich als Schutztruppe des gegenwärtig bestehenden Wahlrechtes etabliert. Ich verstehe Sie vollkommen: „Sie im Besitze und wo wohnt im Recht“, und Sie haben diese Wohnung außerordentlich behaglich und komfortabel eingerichtet.

(Sehr richtig! links)
Aber, meine Herren, wenn der Dämon weiter fortfährt: und heilig wird's die Menge die bezahlen, dieses Recht, so trifft das hier nicht zu; denn die Menge, d. h. die über-

wiegende Mehrzahl der Bevölkerung, erkennt dieses Recht gar nicht an, sondern meint, daß auch Ihre Stellung gemäß den Anforderungen der Zeit in dieser Beziehung geändert werden muß.

Meine Herren, einer von Ihnen hat in einer Kommission, entweder des Herrenhauses oder des Abgeordnetenhauses, erklärt, auf seine Partei wolle dieses preußische Wahlrecht nicht zum Bestehen lassen. Folgen Sie dem, meine Herren, verschließen Sie sich den Anforderungen der fortschreitenden Zeit nicht. Ich darf Sie wohl noch einmal an das Wort des Herrn Grafen Posadowsky erinnern: „Konservativ ist nicht die unbedingte Verneinung der Forderungen einer fortschreitenden Zeit; das ist reaktionär“. Also, meine Herren, seien Sie nicht reaktionär, sondern seien Sie im besten Sinne konservativ und helfen Sie uns, dieses Wahlrecht reformieren, dessen Mangelhaftigkeit Sie selbst recht gut anerkennen werden, weil Sie es anerkennen müssen!

(Sehr richtig! links)
Und nun, meine Herren, mache ich Sie noch darauf aufmerksam, daß bei der von mir mehrfach erwähnten Debatte zwei Ihrer Autoritäten, Herr v. Blumenthal und Herr Wagner, vor versammeltem Reichstag erklärt haben, daß nach ihrer Ansicht das allgemeine direkte Wahlrecht viel konservativer sei als das preußische Dreiklassenystem.

(Hört, hört! links)
Meine Herren, ich glaube nicht, daß die Regierung auf die Dauer einen hartnäckigen Widerstand wird leisten können, solange wir der Regierung eine Stelle aus dem Bericht der Kommission vom Jahre 1880 vorhalten können. Da heißt es:

„In einem zukunftsreichen, in lebendig fortschreitender Entwicklung begriffenen Staate wie Preußen würde eine seiner Tradition und Aufgabe genügende Regierung unmöglich sein, wenn ihr ein aus energielosen partikularen und selbstständigen Interessen hervorgegangenes Abgeordnetensystem zur Seite stände.“

Nun frage ich die königliche Staatsregierung, ob dieser Zustand nicht jetzt schon eingetreten ist, ob ihr nicht ein auf so bedenkliche Weise gewähltes Abgeordnetenshaus zur Seite steht.

Meine Herren, der Herr Ministerpräsident ist ein moderner Staatsmann, ein Staatsmann, der für die Anforderungen der Zeit ein offenes Auge und ein offenes Ohr hat. Es gibt sogar Momente, wo ich glauben könnte, daß der Herr Ministerpräsident mit einem, wenn auch bescheidenen Tropfen des bekannten Uhländischen Haars öls gesalbt sei.

(Geltetst!)
Der Herr Ministerpräsident hat im Reichstag die Bitte zur Mitarbeit herangezogen, hat ihr diejenige Berücksichtigung versprochen, welche sie verdient, und wir haben eingeschlagen, nur auf diesem Wege der Allgemeinheit zu nützen, unbeschadet unserer Sonderzüge. Nun gebe ich gern zu, daß der Herr Reichsfinanzler auch Anfänge gemacht hat, diese Aufgabe zu erfüllen; aber das kann ich nicht nur auf das Reich beziehen, sondern auch auf Preußen.

(Sehr richtig! links)
denn gerade Preußen wird von den anderen Staaten, namentlich den Süddeutschen, mit einem gewissen Mißtrauen betrachtet, dem neulich ein süddeutscher Führer, der Präsident des württembergischen Abgeordnetenhauses, im Reichstage einen sehr lebhaften Ausdruck gegeben hat. Man hält Preußen vielfach für rückständig, vielfach für den Förderer rückständiger Maßregeln im Reich. Ich will meine Ansicht darüber nicht aussprechen, aber es wird notwendig sein, um das Vertrauen der anderen Staaten zu gewinnen, auch in Preußen fortzuschreiten, und hier ist der Punkt, von welchem der Fortschritt ausgehen muß.

Dieses Gedankent des Liberalismus hat im Volke fruchtbare Hoffnungen geweckt. Ich möchte auch den Herrn Ministerpräsidenten daran erinnern, was er selbst sehr wohl weiß, daß gefälschte Hoffnungen, enttäuschte Erwartungen auch im politischen Leben außerordentlich gefährlich und von den bedenklichsten Folgen sind.

(Sehr richtig! links)
Wenn die Regierung ihren Bestand verlassen, wenn sie eine Wahlreform hartnäckig verweigern sollte, oder auch nur eine mangelhafte und oberflächliche Wahlreform zugeben wollte, dann, glaube ich, würde der Rückschlag auf die Bevölkerung sehr unerfreulich sein.

(Hört, hört! links)
Weil ich zu der Regierung das Vertrauen habe, daß sie die Forderungen der Zeit erkennt, hoffe ich, daß eine Wahlreform zustande kommen wird, an der wir ehrlich mitarbeiten werden, um den gerechten Anforderungen zu entsprechen.

(Lebhaftes Bravo bei den Streifinnigen. Bislow rechts)
Die Antwort des Fürsten v. Bismarck auf diese Ausführungen haben wir bereits mitgeteilt. Es war zu erwarten, daß die Konservativen das bestehende Wahlrecht unverändert behalten wollen. Ihnen ging selbst die dürftige Erklärung der Regierung schon zu weit. Doch hören wir den Vertreter dieser Partei selbst:

Walfewitz, Abgeordneter (kons.): ... Meine Herren, ich kann zu Beginn meiner Ausführungen nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß jedes unnütze Rühnen an dem wohlgefügten Gebäude des preußischen Wahlrechtes,
(lebhaftes Unruhe und Zurufe links)
an dem wohlgefügten Gebäude des preußischen Wahlrechtes
(Unruhe links)
bei meinen politischen Freunden den lebhaftesten Bedenken begegnet.

Meine Herren, nicht die Wünsche der einen oder anderen Partei dieses Hauses, nicht die mehr oder minder lauten Demonstrationen in der Presse, in Versammlungen oder auf der Straße,
(lebhaftes Sehr richtig! rechts)

wie wir es heute hier vor unserem Hause erlebt haben, geben den Ausschlag bei der Frage einer etwaigen Reform des preußischen Wahlrechtes. Ausschlaggebend ist einzig und allein das Interesse des preussischen Staates.

(lebhafter Beifall rechts)
das meine politischen Freunde über das Interesse des einzelnen Staatsbürgers an möglichst weitgehender politischer Freiheit stellen.

... Meine Herren, als wir heute Morgen hier in das Haus gingen, wurde uns bereits auf der Straße eine Ertrausgabe des „Vorwärts“ überreicht mit einem Artikel an erster Stelle: „Lernet! Ihr seid gewarnt!“ Meine Herren, ich glaube nicht, daß dieser Artikel auf meine politischen Freunde Eindruck gemacht hat, und glaube nicht einmal, daß er auf uns Eindruck machen sollte; denn was hier in diesem Artikel steht, ist vielmehr gemüht gerade auf diejenigen Parteien dieses Hauses, die diese Wahlrechtsanträge gestellt haben,

(Sehr richtig! rechts)
mit denen wir uns im gegenwärtigen Augenblicke beschäftigen. Sie sehen, meine Herren, Sie (nach links) mögen die beste Absicht haben, und ich glaube Ihnen, meine Herren, daß alles, was Sie sagen, der Ausdruck Ihrer innersten Ueberzeugung ist, habe das auch dem Herrn Abgeordneten Träger gegenüber niemals bezweifelt und werde mit dem auch nie erlauben; alles aber, was Sie tun, wird doch stets von derjenigen Seite, von jener Masse, die auch auf dieses Haus Einfluß gewinnen will, von der sozialdemokratischen nämlich, direkt mißdeutet, und die Angriffe gegen Sie werden immer nur noch schlimmer werden, je mehr Sie dem „König Demos“ entgegenzukommen gewillt sind.
(Sehr richtig! rechts — Zurufe links: Wir kommen ihnen gar nicht entgegen! — Lachen rechts.)
Auch wir, meine Herren, wollen nur Gerechtigkeit. Es kommt nur darauf an, was man unter Gerechtigkeit versteht und wie man die Sache ausführt.

Meine Herren, ich komme jetzt zur Mitteilung der Erklärung, zu deren Abgabe meine politischen Freunde mich einmütig und einstimmig beauftragt haben. Die Erklärung lautet:

„Im Hinblick darauf, daß — wie die Erfahrung gelehrt hat — die auf Grund des bestehenden preussischen Landtagswahlrechtes gewählte Volksvertretung sich als völlig geeignet erweisen hat, sowohl die verfassungsmäßigen Rechte aller Schichten der Bevölkerung wirksam zu vertreten, als auch mit der königlichen Staatsregierung nutzbringend zum gemeinsamen Wohle des Landes zusammenzuarbeiten, aus allen bestehenden politischen bürgerlichen Parteien einen maßgebenden Zutritt zu gewährleisten, vermögen wir ein praktisches Bedürfnis für eine Abänderung dieses Wahlrechtes nicht zu erkennen.
(Lachen links. Abgeordneter Dr. Friedberg: Hört, hört!)
Wir halten vielmehr an den bewährten Grundlagen des Reiches, insbesondere an der durch die Klassenenteilung gewährleistetten ausschlaggebenden Bedeutung des Mittelstandes in Stadt und Land, sowie der unserem Volkscharakter angemessenen öffentlichen Stimmabgabe durchaus fest. Wir vermögen in dem preussischen Wahlrecht eine Vereinfachung der breiteren Volksmassen nicht zu erkennen.“

(Lachen links)
und lehnen die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen als unserm Staatswohlchen widersprechend ab.
Wir können gegenwärtig auch dem von der Staatsregierung in Aussicht gestellten Pluralwahlrecht, dessen praktische Ausgestaltung sich zurzeit in keiner Weise übersehen läßt, nicht zustimmen. Wir erachten endlich auch eine Abänderung unserer Wahlbezirkseinteilung, nachdem schon erst eine Befestigung wesentlicher Härten derselben durch die Novelle vom Jahre 1905 vorgenommen ist, nicht für erforderlich.

(Unruhe links)
Meine Herren, in diesen Sätzen haben meine politischen Freunde geäußert, ausdrücklich ihre Stellungnahme zu den heute zur Verhandlung stehenden freisinnigen Wahlrechtsanträgen niedergelegt zu müssen. Wir werden den Inhalt dieser Sätze, ihre Bedeutung und Wirkung bei unseren Wählern im Lande vertreten, und von unseren Wählern wird es abhängen, darüber zu entscheiden, ob wir mit dieser Stellungnahme zum Nachteil oder zum Segen des preussischen Volkes gearbeitet haben. Wir sind davon überzeugt, daß das letztere der Fall ist.
(Beifälliger Beifall rechts. Bislow links. — Erneuter Beifall rechts.)

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 17. Januar 1908.

Im Reichsvereinsgesetz hat auch die Gesellschaft für soziale Reform in einer Eingabe an Reichstag und Bundesrat Stellung genommen. Darin wird der Regierungsentwurf als ein erheblicher Fortschritt erklärt wegen der Einheitlichkeit der Gesetzgebung im ganzen Reiche, des Wegfalls der besonderen Bestimmungen für politische Vereine, ferner wegen der Gleichstellung der arbeitenden Frau mit dem Manne hinsichtlich des Vereins- und Versammlungsbrechtes und wegen des Wegfalls der Verpflichtung zur Einreichung des Mitgliederverzeichnis. Aber trotz dieser Fortschritte werden auch ernste Bedenken zum Ausdruck gebracht. Um die Berufsvereine vor lästigen Schikanen zu schützen, wird gefordert, daß durch eine Änderung des Gesetzes ungewidmet ausdrücklich wird, daß die Vereine der Arbeiter und Angestellten ihre Versammlungen sowie öffentliche Versammlungen, die sich lediglich mit der Verfolgung von Berufs- und sozialen Angelegenheiten beschäftigen, nicht unter die

Bestimmungen von §§ 2, 3 und 11 Nummer 1 und 2 des Entwurfs fallen.

Hinsichtlich des Sprachenparagrafen heißt es in der Eingabe: Auch die Vorschrift des § 7 des Entwurfs, wonach die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen in deutscher Sprache zu führen sind, bedeutet eine ernste Gefahr für die Arbeitervereinigungen und die Arbeitervereine, die in den Grenzgebieten des Reiches und den großen Zentren der Industrie zahlreiche Mitglieder haben, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind.

Weiter wird verlangt eine Verlängerung der Frist für die Einreichung der Satzungen und des Vorstandsverzeichnisses und der Fortfall der Bestimmungen, wonach die Polizei schon bei Ausführungen, die nur den Tatbestand eines nicht auf Antrag zu verfolgenden Vergehens enthalten, in einer öffentlichen Versammlung einschreiten kann.

Die Gesellschaft für soziale Reform hält die Vorenthaltung des Koalitionsrechts, das allen Unternehmern und gewerblichen Arbeitern zusteht, für eine nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung gegen die ländlichen Arbeiter und Dienstboten. Sie tritt entschieden für die Beseitigung dieses Koalitionsverbotes ein.

Als an Vorschlägen zur Verbesserung des Reichsvereinsgesetzes fehlt es nicht. Hoffentlich macht der Reichstag davon recht ausgiebigen Gebrauch.

Die Abänderung der § 63 des Handelsgesetzbuches hat den Reichstag in zwei Sitzungen beschäftigt. Wie wir bereits mitteilen, wird damit beabsichtigt, eine Bestimmung einzuführen, daß dem Handlungsgehilfen, der durch ein unerschuldetes Unglück, wie Krankheit, an seiner Dienstleistung verhindert wird, durch besondere Vereinbarung nicht mehr das Gehalt fließt, werden kann.

Auf dem Wege zum Achtuhrabendabschluss. In einer Bekanntmachung teilt der Polizeipräsident von Berlin mit, daß er auf Antrag aus den Kreisen der beteiligten Gewerbetreibenden die Vorbereitungen getroffen habe zur eventuellen Verbeisführung des Achtuhrabendabschlusses.

Arbeiterbewegung. Die Aussperrung der Schuhmacher in Dettweiler i. G. ist nach 20 wöchentlicher Dauer aufgehoben worden. Die Fabrikanten müssen auf die Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter verzichten und haben neben einer halbtägigen Arbeitszeitverkürzung eine kleine Lohnerhöhung bewilligt.

Der Automobilführerstreik in London ist jetzt endgültig erledigt. Die Arbeit mußte bedingungslos wieder aufgenommen werden, da die von anderen Trade Unions erwarteten Unterstützungen ausblieben.

Handverkauf oder böser Wille? Der Vorwärts bringt in seiner Mittwochnummer einen längeren Bericht über die letzten Sitzungen des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin.

Recht interessant war es für die Vertreter der Berichter, zu hören, daß dem Vereinshaus der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften in der Greifswalder Straße eine größere Hypothek zur Verfügung gestellt worden ist.

Aus der Reihe der Vertreter der Versicherten wurde gegenüber Dr. Freund festgestellt, daß ihm also noch nicht 20 000 Hirsch-Dunckerische Gewerkschaftler mehr wert seien als circa 250 000 Arbeiter, die in den freien Gewerkschaften organisiert sind.

Diese Darstellung ist falsch. Dr. Freund kann sich gar nicht so geduldet haben, denn mit der Hypothek für unser Verbandshaus verhält es sich ganz anders. Der Berichterstatter des „Vorwärts“ hat also die Vorgänge in jener Sitzung entweder absichtlich falsch dargestellt, oder er hat nicht verstanden, was gesagt worden ist.

Die Straßendemonstrationen für die Wahlrechtsreform in Preußen, die am letzten Sonntag in verschiedenen größeren Städten stattgefunden haben, erfahren im „Korrespondent“ der Buchdrucker eine ähnliche Beurteilung wie bei uns.

Wir vermögen in Straßendemonstrationen, wie schon vor zwei Jahren betont, nicht das Mittel zu erblicken, um das veraltete und reaktionäre Dreiklassenwahlsystem zu beseitigen.

Der „Korrespondent“ ist das Organ einer der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaft. Partei und Gewerkschaften sind aber bekanntlich eins. Umso anerkennenswerter ist es, daß das Buchdruckerorgan seine von der großen Masse abweichende Meinung so offen zu vertreten magt.

Die Verhandlungen zwischen den Werkstoffhauern und dem Metallarbeiterverband in Hamburg, die mit dem berühmten Frühstück endigten und auch sonst in der Arbeiterbewegung zu einer traurigen Bekanntheit gelangt sind, wurden bekanntlich von den Verbändlern als eine Großtat sondergleichen hingestellt.

Nachdem nun die Zugeständnisse — die aus Anlaß der Verhandlung in Hamburg sowie des Niederstreiks gemacht wurden — eingeführt sind, muß konstatiert werden, daß wir bezüglich unserer Lohnverhältnisse Vorteile nicht zu verzeichnen haben.

Es hieß die Wirkung dieser Kritik eines „Zielbewußten“ Gewerkschaftsblattes nur abschwächen, wollten wir auch nur den geringsten Zusatz machen.

Der Diskutierklub der Deutschen Gewerkschaften in Berlin entsaltete im Jahre 1907 eine vielseitige Tätigkeit. Er hielt im ganzen 38 ordentliche Sitzungen

ab, die zwar besser besucht waren als im Jahre 1906, aber immer noch nicht diejenige Teilnahme zeigten, die man von derartigen Bildungsbestrebungen wohl erwarten sollte. An den 38 Sitzungen haben im ganzen über 800 Personen teilgenommen; Vorträge wurden 31 gehalten.

Derin für Volksunterhaltungen. Am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet als 361. Veranstaltung in der Urania (Laubenstraße) ein Projektionsvortrag über „Krupp und sein Werk“ statt.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1907.

Ortsverband Eamburg.

Der Ortsverband Eamburg erlebte seine Geschichte in acht Versammlungen. Vorträge wurden gehalten: 1. Die Deutschen Gewerkschaften und ihre Gegner. 2. Die Deutschen Gewerkschaften im Kampf um Dasein.

Ortsverband Eberbach.

Der Ortsverband erlebte im vergangenen Jahre seine Geschichte in vier Versammlungen und sechs Sitzungen, darunter drei kombinierte. Am 26. Mai wurde auch eine öffentliche Gewerkschaftenversammlung abgehalten.

Ortsverband Eentzenberg und Umgegend.

Der Ortsverband sieht erst auf eine kurze Tätigkeit zurück, da er erst 1/2 Jahr besteht. Trotzdem kann man sagen, daß er es sich hat angelegen sein lassen, mit vollem Ernst an seine Aufgaben heranzugehen.

